

# „Frankfurt kann das Wachstum nicht allein bewältigen“

Regionalverband und Wohnungsbauwirtschaft fordern Kommunen auf, bereitwilliger Bauland auszuweisen

mch. RHEIN-MAIN. In den Großstädten der Region fehlt es an Wohnungen. Frankfurt etwa rechnet derzeit mit einem Bedarf von 40 000 Wohnungen und erwartet, dass die Einwohnerzahl bis 2030 noch einmal um 100 000 auf dann 830 000 steigt. Im Frankfurter Planungsdezernat weiß man, dass es kaum gelingen kann, für alle Neubürger eine Wohnung zu bauen. Schließlich sei Frankfurt von der Fläche her kleiner als die Stadt Münster, habe aber doppelt so viele Einwohner, sagte gestern Planungsdezernent Mike Josef (SPD) bei einer Veranstaltung des Regionalverbands Frankfurt/Rhein-Main und der Wohnungsbauwirtschaft in Hanau.

„Wichtig ist, dass wir als Region denken“, äußerte Josef. Er sei dankbar, dass die Konferenz, an der 200 Vertreter der Wohnungsbaubranche und der Kommunen teilnahmen, die Gelegenheit biete,

dass Bauwillige und Kommunen ins Gespräch kämen. Frankfurt könne die Herausforderungen der wachsenden Region nicht allein bewältigen, so Josef. Woran es Frankfurt derzeit so mangelt, das haben andere der insgesamt 75 Kommunen im Regionalverband im Übermaß: Flächen, die sie zu Neubaugebieten entwickeln könnten, wenn sie es denn wollten.

„Es gibt ausreichend Flächen“, sagte Verbandsdirektor Ludger Stüve und wiederholte damit eine Aussage, die der Verband nicht müde wird zu formulieren. In dem 2010 aufgestellten Regionalen Flächennutzungsplan sind 2300 Hektar für Wohnungsbau enthalten, bis heute sind gerade erst elf Prozent der Flächen bebaut. Die Konferenz in Hanau habe deshalb das Ziel, die Kommunen stärker zu motivieren, Neubaugebiete auszuweisen. „Es muss eine Schippe draufgelegt wer-

den“, forderte Stüve, die Kommunen hätten die „soziale Verpflichtung“, mehr als bisher zu tun. Stüve erhofft sich einen „Motivationsschub“. Auf die Frage, wie es gelingen könne, dass Städte und Gemeinden, nicht selten gegen den Willen der Bevölkerung, Neubaugebiete entwickeln, sagte Stüve, dass man die Kommunen nur argumentativ unterstützen könne, damit sie einsähen, „Wachstum muss nicht immer negativ sein“.

Stüve hob lobend die Kommunen hervor, die Bauland auswiesen wie insbesondere im Osten der Region die Städte Hanau, Rodenbach, Erlensee und das relativ kleine Niederdorfelden, das zwölf Hektar Neubaugebiet habe. Josef verwies seinerzeit auf Oberursel und Rodgau, die ebenfalls viel bauten. Entwickelten alle Kommunen die im Regionalen Flächennutzungsplan enthaltenen Flächen, könnten

Josef zufolge dort rein rechnerisch 92 000 Wohnungen gebaut werden.

Dabei ist dem Frankfurter Planungsdezernenten klar, dass es nicht mehr wie noch in den sechziger Jahren ausreiche, nur Wohnungen zu errichten. Bei der Baulandentwicklung „reden wir auch über Schulen, Kindergärten, den öffentlichen Nahverkehr und neue Grünflächen“.

Für Axel Tausendpfund vom Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft ist die Ausweisung von Bauland ein Thema mit langfristiger Perspektive, kurzfristig sieht er ein großes Potential nach wie vor in der Nachverdichtung auch in Frankfurt. Der Verband hat ermittelt, dass es in der Mainmetropole ein Potential von 20 000 Wohnungen etwa durch das Aufstocken von Häusern gebe, damit entstände für 50 000 Menschen ein neues Zuhause.